

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-14911-7 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45529-4 (E-Book|PDF)

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Geschäftsbereich Kommunikation
Leitung: Katrin Ruffer
www.iwkoeln.de

Redaktion: Karl Schawinsky
Satz: Ulrich Dinser
Grafik: IW Medien GmbH, Köln · Berlin
Produktion: IW Medien GmbH, Köln · Berlin

© 2013 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-452
Fax: 0221 4981-445
iwmedien@iwkoeln.de
www.iwmedien.de

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Inhalt

Euro-Krise

„Jens Weidmann hat Recht“ (WirtschaftsWoche, 17. September 2012)	3
Wir dürfen Deutschland nicht überfordern (Die Zeit, 12. Juni 2012)	7
Eine Bad Bank als Ausweg aus der Bankenkrise (Handelsblatt, 24. September 2012)	10
Aus dem Euro eine „richtige“ Währung machen (Börsen-Zeitung, 31. Mai 2012)	12
„Es wird unglaublich viel Müll geredet“ (Cicero Online, 3. August 2012)	16
Zwei Jahre Euro-Rettung: eine Bilanz (Süddeutsche Zeitung, 28. März 2012)	19
„Nur eine Banken-Rettung kann den Flächenbrand verhindern“ (Die Welt, 5. Juni 2012)	22
„Die Politik hat vielfach vorbildlich gehandelt“ (Börsen-Zeitung, 8. Juni 2012)	24

Steuerpolitik/Konjunktur/Verteilung

„Die Hoffnung, den Himmel auf Erden zu schaffen, ist weltfremd“ (Die Welt, 17. September 2012)	30
Deutschland koppelt sich durch starkes Wachstum von Europa ab (Euro am Sonntag, 20. April 2012)	32
Stolz auf das Gelingen, aber kein Übermut (Welt am Sonntag, 15. April 2012)	35
„Immer nur mehr Geld“ (Die Welt, 27. Oktober 2012)	38

Demografie

Verantwortung zeigen 43
(Süddeutsche Zeitung, 4. Oktober 2012)

Arbeitsmarkt

Fachkräftemangel kostet Milliarden 46
(heute.de, 5. Juni 2012)

Gesellschaftliches Engagement

Mitverantwortung – eine vergessene Kategorie 50
(Süddeutsche Zeitung, 20. Juli 2012)

Ökonomische Theorie

Die neue Ökonomik braucht Werte 53
(Handelsblatt, 15. März 2012)

Ökonomenstreit

„Das Geld der Sparer ist nicht in Gefahr“ 55
(faz.net, 6. Juli 2012)

Keine Schreckgespenster! 57
(Handelsblatt, 6. Juli 2012)

„Pure Stimmungsmache“ 58
(Der Spiegel, 9. Juli 2012)

Hüter wirft Sinn „populistisch-nationalen Unterton“ vor 59
(WirtschaftsWoche, 9. Juli 2012)

„Jens Weidmann hat Recht“

WiWo: *Herr Hüther, Griechenland steht mal wieder vor der Pleite. Ist das Prinzip Geld gegen Auflagen gescheitert?*

Hüther: Der Ansatz kommt an seine Grenzen, wenn es um mehr geht als um ein Solvenzproblem. In Griechenland mangelt es am Staatsaufbau und an der Steuerungsmöglichkeit der Politik. Die politische Klasse hat jahrzehntelang versagt. Das geht weit über die Krisensituation in anderen europäischen Staaten hinaus. Dennoch gilt: Minus 17 Prozent bei den Primärausgaben sind nicht ohne – das entspräche bei uns Einsparungen von 180 Milliarden Euro. Jetzt kommen nochmals 11,5 Milliarden Einsparungen dazu.

WiWo: *Man kennt das Spiel. Wenn die Auszahlung der nächsten Kredittranche auf dem Spiel steht, fasst Athen große Beschlüsse. Dabei bleibt es dann.*

Hüther: Es macht aber auch keinen Sinn, alle drei bis vier Monate die Troika nach Athen zu schicken.

WiWo: *Was wäre denn die Alternative?*

Hüther: Die Aufgabe, vor der Griechenland steht, braucht eine Dekade. Das hat man bei der Transformation osteuropäischer Länder gesehen. Im Grunde geht es hier um einen ähnlichen Entwicklungsprozess.

WiWo: *Mehr Zeit heißt auch mehr Geld?*

Hüther: Nicht unbedingt. Vom ersten Paket in Höhe von 110 Milliarden Euro wurden bislang erst 77 Milliarden ausbezahlt. Natürlich müssten die Einsparungen beim Staat und die Trendumkehr bei den Lohnkosten langfristig verlässlich bleiben.

WiWo: *Wie könnte das gehen?*

Hüther: Die Europäische Union verlängert das Hilfsprogramm von jetzt drei auf zehn Jahre. Im Gegenzug muss Griechenland ein befristetes europäisches Beistandsrecht akzeptieren.

WiWo: *Was ist darunter zu verstehen?*

Hüther: Das sporadische Überprüfen der griechischen Politik wird in ein laufendes Monitoring überführt. EU-Beamte, die dem Währungskommissar unterstellt sind, sitzen dann ständig in Athen und sorgen dafür, dass Beschlüsse des griechischen Parlaments im Rahmen des Rettungsprogramms auch durchgesetzt werden.

WiWo: *Das klingt nach EU-Protectorat.*

Hüther: Überhaupt nicht! Es geht ausdrücklich nicht darum, die Legislative zu ersetzen. Aber: Wenn das Parlament in Athen eine Reform beschlossen hat, dann haben ja wohl auch die Griechen ein Interesse daran, dass diese auch umgesetzt wird. Dieser exekutive Vorgang sollte mithilfe europäischer Verwaltungskapazität unterstützt werden. Ein solches befristetes europäisches Beistandsrecht sollte dem neuen Regelwerk der Währungsunion hinzugefügt werden. Das wäre sinnvoller als das Gerede über eine Politische Union.

WiWo: Was haben Sie dagegen?

Hüther: Es gibt kein europäisches Staatsvolk, keine europäische Öffentlichkeit, auf absehbare Zeit auch keine europäische Verfassung. Das Warten auf eine Politische Union ist keine realistische Lösungsperspektive. Das Bundesverfassungsgericht hat noch einmal klargemacht: Jede Ausweitung des europäischen Budgetrechts ist eine Aushöhlung des deutschen Wahlrechts. Also, was genau soll denn noch in Brüssel beschlossen werden? Genauso wenig hilft eine Vergemeinschaftung der Schulden weiter oder die Idee, man könne Griechenland aus der Währungsunion hinausdrängen. Beide Extrempositionen führen zum Ende der Währungsunion – nur der Weg ist anders.

WiWo: Einem Ausscheiden der Griechen würden auch die Spanier und Italiener folgen?

Hüther: Wenn Griechenland den Euro verlässt, wird sofort auch aus Italien und Spanien massiv Kapital abgezogen. Wer kauft dann noch Anleihen dieser Länder? Es ist doch klar: Die aktuellen Renditen für spanische Anleihen zum Beispiel drücken nicht nur das Insolvenzrisiko des Landes aus – Spaniens Schuldenquote ist niedriger als die deutsche. Genauso sind die niedrigen deutschen Renditen kein Ausdruck solider deutscher Finanzpolitik.

WiWo: Sondern?

Hüther: Darin kommt vor allem das Existenzrisiko für den Euro zum Ausdruck. Die Investoren kalkulieren mögliche Abwertungen ein, falls sie ihre Anleihen in zwei Jahren vielleicht in Peseta zurückbekommen. Umgekehrt erklärt sich die negative Realrendite deutscher Anleihen mit der möglichen Aufwertung einer neuen D-Mark.

WiWo: Die Europäische Zentralbank (EZB) will nun notfalls unbegrenzt Staatsanleihen kaufen, um die Renditen von Krisenländern auf ein erträgliches Maß zu drücken.

Hüther: Das halte ich für fatal und fragwürdig. Es ist fatal, weil die entsprechenden Staaten von Zinsstrafen der Märkte befreit und die Käufer der Papiere vor weiteren Kursverlusten gesichert werden. Es ist fragwürdig, weil die Bindung an